

## Der Mix macht's

Hamburg - Um die Senioreneinkommen möglichst vielfältig abzusichern, so empfehlen Experten, sollten die jeweiligen Vor- und Nachteile des staatlichen und privaten Finanzierungsweges der Rente ausgewogen kombiniert werden.

Im privaten Kapitaldeckungsverfahren spart jeder sein Altersvermögen selbst an - sei es über Aktien, Kapitallebensversicherungen oder festverzinsliche Wertpapiere. Der Ertrag hängt von der Entwicklung an den Kapitalmärkten ab. Boomen die Börsen beziehungsweise die Rentenmärkte, können die Berufstätigen im Alter hohe Erträge einstreichen. Versinken die Wertpapiermärkte in einer Baisse, wenn die Rente fällig wird, fallen die Altersgelder niedriger aus. Theoretisch kann es sogar sein, dass das eingezahlte Geld überhaupt keinen Wert mehr hat - wenn beispielsweise alles auf eine Aktie gesetzt wurde.

Das staatliche Umlageverfahren dagegen, bei dem die heutigen Beitragszahler direkt die heutigen Renten finanzieren, ist in hohem Masse von der Bevölkerungsentwicklung abhängig. Je mehr Junge nachrücken, desto mehr Beitragsgelder fließen in die Rentenkasse. Schrumpfen die Geburtenzahlen, können die Rentenansprüche bald nicht mehr bedient werden.

Zu den wirtschaftlichen kommen politische Risiken. Privatrenten geraten in Gefahr, wenn Inflationen oder Kriege das angesammelte Vermögen vernichten. Die Staatsrente ist bedroht, wenn Politiker die Alterskassen für andere Zwecke plündern, etwa um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder die eigene Wählerklientel zu bedienen.

Besonders gut, so raten Ökonomen, fahren deshalb Gesellschaften, die beide Systeme etwa im Verhältnis 50 zu 50 mischen. So lassen sich zum Beispiel die Folgen eines anhaltenden Bevölkerungsrückgangs mildern, ohne dass auf der anderen Seite die Gefahr zu groß wird, die Finanzmärkte mit zu viel Anlagekapital zu überschwemmen.

Vom Modellkonzept der Ökonomen ist Deutschland auch nach der Riester-Reform weit entfernt. Während Länder wie die USA oder die Niederlande tatsächlich rund die Hälfte ihrer Alterszahlungen mit privat oder betrieblich angespartem Kapital unterlegen, stammen in Deutschland noch immer 82 Prozent der Senioreneinkommen aus dem staatlichen Rentensystem.

Den Preis für die Reformscheu tragen die Beitragszahler. Verlassen sich Länder nämlich vorrangig auf das Umverteilungssystem von Jung zu Alt, verzichten sie auf die Zusatzerträge, die ein angesparter Kapitalstock abwirft. Ökonomen haben errechnet: Um auf dieselben Rentenzahlungen zu kommen, müssen Versicherte im Umlageverfahren deutlich höhere Beiträge aufbringen als die Finanziere eines Mischmodells.

Der Umbau des traditionellen Renten- in ein Privatsystem ist allerdings problematisch und teuer. Denn während der Übergangszeit trägt die dann gerade aktive Generation eine doppelte Last: Die Erwerbstätigen müssen die Ansprüche ihrer Eltern bedienen und zugleich ein eigenes Altersvermögen aufbauen.

Dennoch, so hat der Mannheimer Volkswirt Axel Börsch-Supan ermittelt, rechnen sich auch für die so genannte Sandwich-Generation der Wechsel. Wenn sie das Rentenalter erreicht haben, gleichen die zusätzlichen Erträge der Privatvorsorge die doppelte Zahlungsverpflichtung zumeist aus. (...)

Den vollständigen Artikel finden Sie im Magazin DER SPIEGEL vom 1.12.2003.